



Interviews

Datum: 17. Juni 2024

Christoph Heinemann im Gespräch mit Saskia Esken, Co-Vorsitzende der SPD.

Christoph Heinemann: Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil sagt, Rückkehr zur Tagesordnung ausgeschlossen, und der Thüringer SPD-Landeschef Georg Maier fordert, die SPD müsse sich wieder um die arbeitende Mitte kümmern. Medien berichteten, SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert habe jüngst nicht ausgeschlossen, dass der Kanzler im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage stellen würde.

Gestern tauschte sich der SPD-Parteivorstand über das Wahlergebnis aus. Mit dabei Saskia Esken, die Co-Bundesvorsitzende der SPD und Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Bei der Wahl 2021 trat sie im Wahlkreis Calw in Baden-Württemberg an. – Guten Morgen.

Saskia Esken: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Frau Esken, wie tief sitzt der Frust?

Esken: Ja nun, Sie werden keinen Sozialdemokraten, keine Sozialdemokratin finden, die sich über dieses Ergebnis gefreut hat. Das ist selbstverständlich. Das ist ein bitteres Ergebnis für uns und deswegen sprechen wir auch darüber, Anfang der Woche mit dem Parteivorstand, gestern Abend mit dem Parteipräsidium, ein etwas engerer Kreis. Aber wir sprechen sehr viel mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die derzeit in Verantwortung sind, mit unseren Ministerpräsidentinnen und den Landesvorsitzenden, die Verantwortung haben, die Minister und Ministerinnen, und versuchen, gemeinsam und sehr ehrlich, aber auch solidarisch zu analysieren, wie die Lage ist, wie die Stimmung im Land ist und wie die Politik und die Kommunikation der SPD sich möglicherweise verändern muss, damit wir besser wieder an den Ohren der Menschen sind.

Heinemann: Wie denn?

Esken: Es ist klar, dass wir weiterhin, wie ja von einigen auch in der Öffentlichkeit gesagt worden ist, uns orientieren an denen, die jeden Tag arbeiten, die das Land am Laufen halten mit ihrer Arbeit. Das ist nicht nur bezahlte Arbeit, das ist auch Care-Arbeit. Wer sich um Kinder kümmert, wer Angehörige pflegt, hat genauso unseren Respekt verdient wie diejenigen, die auch Geld erhalten für ihre Arbeit, und die erwarten von uns, dass wir zum einen die soziale Infrastruktur stärken, damit sie sich darauf verlassen können, Kita, Schule, Pflege, dass aber auch die Schutzmechanismen da sind, die einen in Notlagen auffangen., und das ist der

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Sozialstaat. Darum kümmern wir uns gemeinsam. Wir kümmern uns auch darum, dass die Demokratie gestärkt bleibt, dass die Initiativen, die sich jetzt überall im Land gegründet haben oder die auch schon vorher da waren, unsere Unterstützung haben, damit diese Gesellschaft beieinander bleibt, denn da haben wir in den letzten Monaten und Jahren eine Entwicklung gehabt, die uns nicht gut getan hat.

Heinemann: Frau Esken, ich habe das eben schon mal erwähnt. Der Thüringer Landeschef sagt, die SPD müsse sich wieder um die arbeitende Mitte kümmern. Wie kann es sein, dass Georg Maier seine und Ihre SPD daran erinnern muss?

Esken: Georg Maier hat darauf in einem Interview hingewiesen, aber auch am Montag in der Parteivorstandssitzung haben wir gemeinsam darüber gesprochen, dass das unsere Zielrichtung sein muss. Das ist sie bisher gewesen und das muss sie auch weiterhin sein. Wir müssen sehr klar deutlich machen, es geht um die Bedingungen der Arbeit. Es geht darum, dass auch genügend investiert wird, damit unsere Wirtschaft wieder in Schwung kommt, und das werden wir auch gemeinsam tun, damit Arbeitsplätze sicher bleiben, sich weiterentwickeln können. Wir wissen, dass wir in einer Transformation dessen stecken, wie wir wirtschaften, wie wir arbeiten, wie wir leben, und da braucht es auch eine aktive und auch sozialdemokratisch geführte Regierung, wie wir sie haben, die genau in diese Richtung arbeitet.

Heinemann: Sie haben Sigmar Gabriel gehört, der sagt, ein verschwommenes Profil, wir sind keine Sozialhilfenehmerpartei und das Bürgergeld ein großer Misserfolg. Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

Esken: Für uns ist ganz klar, dass das Bürgergeld zielgerichtet sein muss, und daran arbeiten wir auch. Das Ziel des Bürgergeldes ist es ja, Menschen auch nachhaltig in Arbeit zu bringen. Wir hatten mit der vergangenen Regelung, nämlich mit dem Vermittlungsvorrang sehr oft den Fall, dass die Menschen in Arbeit gebracht wurden und drei, vier, fünf Wochen später wieder im Jobcenter standen, weil es nicht durchgehalten wurde oder weil die Qualifikation ...

Heinemann: Das Bürgergeld ist doch nicht besser.

Esken: Doch, das Bürgergeld ist insofern besser, als es einen stärkeren Fokus auf die Qualifikation und auf die nachhaltige Überwindung von Vermittlungshemmnissen beiträgt. Wo wir jetzt draufschauen, das ist die Zielgenauigkeit in Bezug auf diejenigen, die sich nicht an die

Regeln halten, und da muss ich ganz klar sagen, Schwarzarbeit ist auch so schon strafbar und nicht in Ordnung und sie muss aufgedeckt werden. Bundeskanzler Scholz hat in seiner Zeit als Finanzminister den Zoll und die Schwarzarbeit aufdeckenden Behörden sehr stark verstärkt, auch personell. Da müssen wir hinterher sein. Schwarzarbeit schadet unserer gesamten Wirtschaft. Die schwarzen Schafe, die auf Seiten der Unternehmen, aber auch auf Seiten derer sind, die solche Arbeiten annehmen, insbesondere wenn sie zusätzlich auch noch Bürgergeld erhalten, die müssen auch entsprechend aufgedeckt werden und bestraft werden. Da gehört auch die Sanktion beim Bürgergeld dazu.

Heinemann: Sie kennen die Kritik, das Bürgergeld ermuntere zum Nichtarbeiten. Jetzt gab es am Wochenende zwei unterschiedliche Meldungen, die SPD wolle denjenigen, die Bürgergeld beziehen und gleichzeitig schwarzarbeiten, das Bürgergeld für zwei Monate streichen oder komplett streichen. Was gilt jetzt?

Esken: Es geht darum, diesen Missbrauch zu sanktionieren, und das ist ein Missbrauch. Das Bürgergeld ist dazu da, Menschen in Not zu unterstützen, und da stehen wir auch dazu.

Heinemann: Wie lange dauern die Sanktionen?

Esken: Und insbesondere auch ihre Familien zu unterstützen. Diese Detailfragen, die Sie jetzt gerne mit mir diskutieren wollen, die diskutieren wir eher intern. Das müssen wir auch, weil am Ende muss ja ein Gesetzentwurf dazu geformt werden, und dazu gehört es sich, nicht in der Öffentlichkeit zu debattieren. Das machen wir unter uns in der Koalition.

Heinemann: Frau Esken, wer schwarzarbeitet, hat doch den Beweis erbracht, dass er arbeiten kann. Warum soll der dann überhaupt noch Bürgergeld beziehen?

Esken: Deswegen sage ich ja, da geht es darum, das sehr deutlich zu machen, dass diese Art, mit dem Bürgergeld umzugehen, nicht in Ordnung ist. Gleichzeitig müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass da oft auch Familien mit verbunden sind, und wir können nicht Kinder verantwortlich machen für das Fehlverhalten der Eltern. Deswegen müssen wir da sehr zielgenau hinschauen. Aber es ist ganz klar: Wer Bürgergeld bezieht, hat einen gewissen kleinen Anteil an Zusatzverdienst. Das ist ja auch ein Anreiz, dann in die Arbeit hineinzuwachsen. Aber dieser Zusatzverdienst muss regulär sein und nicht schwarz. Das geht nicht und das werden wir auch stoppen.

Heinemann: Frau Esken, Sigmar Gabriel hat sich bei uns auch zur Migration geäußert.

O-Ton Sigmar Gabriel: „Dazu gehört als Nummer eins, dass das Thema Migration von den demokratischen Parteien gemieden wird. Fast ängstlich gehen wir damit um. Ein Land, das das nicht gemacht hat, Dänemark hat gezeigt, dass man mit einer harten veränderten Migrationspolitik, die sich trotzdem an den humanitären Maßstäben orientiert, die wir in der Welt und in Europa haben, dass es damit gelingen kann, diejenigen, die mit den falschen Parolen durch die Gegend laufen, wirklich in die Schranken zu weisen. Und ich hoffe, dass die Europawahl dazu beiträgt, dass sich auch andere Länder trauen, einen solchen Weg zu gehen, insbesondere Deutschland.“

Heinemann: Können Sie Sigmar Gabriels Hoffnung erfüllen?

Esken: Diese Regierung hat ja schon in den vergangenen Monaten und Jahren sehr deutliche Schritte bei der Migration gemacht, bei der Regulierung. Dazu gehört, dass wir den Erfolg haben vermelden können, dass ein gemeinsames europäisches Asylsystem auf den Weg gebracht wird. Das ist vielen Innenministern und Regierungen vor Frau Faeser und dieser Regierung nicht gelungen. Sie hat maßgeblich dazu beigetragen und Bundeskanzler Scholz hat maßgeblich dazu beigetragen, dass das möglich war. Das muss jetzt umgesetzt werden.

Heinemann: Entschuldigung! Frau Faeser musste doch bei allen Punkten zum Jagen getragen werden. Bei den stationären Grenzkontrollen zum Beispiel war sie lange, lange dagegen. Die Bezahlkarte kam auch aus den Ländern. Das ist doch kein Beitrag der Bundesinnenministerin.

Esken: Ich habe gerade vom europäischen System gesprochen und diese Verhandlungen sind schwer gewesen und sie sind zum Erfolg, zum Abschluss gebracht worden und das ist wichtig, weil es ja zunächst um den Schutz auch der Außengrenzen geht und um das regulierte Umgehen der Ankommenden in den Ländern mit Außengrenzen. Wir haben in den vergangenen Monaten immer mehr erlebt, dass die überlasteten Außengrenzenländer die Geflüchteten nur noch durchgeschleust haben, nicht mehr registriert, nicht mehr geregelt auch damit umgegangen sind. Das darf so nicht weitergehen und es ist wichtig, dass dazu jetzt eine Vereinbarung mit dem GEAS getroffen wurde. Das ist jetzt erst mal ein wichtiger Erfolg und die Grenzkontrollen sind eingerichtet worden und das Rückführungsgesetz ist ebenso umgesetzt worden. Damit haben wir zumindest in den ersten fünf Monaten dieses Jahres

schon einen Rückgang um 20 Prozent bei den Erstanträgen, Erstasylanträgen und auch eine 20-prozentige Erhöhung übrigens der abgeschlossenen Verfahren beim BAMF.

Ich will es ganz deutlich sagen: Wir sehen die Überlastung der Kommunen. Wir sehen die Überlastung von Schulen und Kitas. Deswegen haben wir auch reagiert. Aber auf der anderen Seite muss man auch sagen, Kommunen, Schulen und Kitas brauchen auch für die, die schon da sind, eine wesentliche Unterstützung, und da kommt es jetzt auf den Haushalt an.

Heinemann: Frau Esken, sollte der Kanzler im Bundestag die Vertrauensfrage stellen? Kevin Kühnert schließt das ja laut Medienberichten nicht aus.

Esken: Der Bundeskanzler hat das Vertrauen der Mehrheit des Bundestages.

Heinemann: Sind Sie sicher?

Esken: Ich bin sehr sicher. Wir haben ihn vor zweieinhalb Jahren gewählt. Wir sind überzeugt, dass er der richtige ist, und wir sind vor allem überzeugt, dass dieses Land in der derzeitigen Situation nichts weniger braucht als eine Verunsicherung und eine Instabilität, und deswegen werden wir uns in den nächsten Wochen sehr darum bemühen, gemeinsam zu einer guten Einigung beim Haushalt zu kommen und auch in anderen Fragen, die wir noch uns gemeinsam vorgenommen haben, ordentlich zusammenzuarbeiten und dazu beizutragen, dass dieses Land nach vorne kommt. Wir haben eine schwierige wirtschaftliche Situation, die wir gemeinsam zu lösen haben. Wir müssen investieren. Wir haben in den vergangenen Legislaturen zu wenig investiert, zuletzt ganz sicher auch angesichts der Krisen. Corona hat die vergangene Legislatur ja auch schwer überschattet. Aber es muss jetzt wirklich vorangehen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.